

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



Die Sächsische Elbzeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrats zu Bad Schandau, des Hauptzollamts Bad Schandau und des Finanzamts Sebnitz. Heimatzug für Bad Schandau mit seinen Ortsteilen Ostau und Postelwitz und die Landgemeinden Altendorf, Gohdorf mit Kohlmühle, Kleingiechhübel, Krippen, Bichtenhain, Mittelndorf, Vorchdorf, Proffen, Rathmannsdorf mit Plan, Reinhardtshof, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Fiele, Inh. Walter Fiele, Bad Schandau, Zantenstr. 134. Fernsprecher 22. Postfachkonto: Dresden Nr. 33327. Gemeindegeldkonto: Bad Schandau Nr. 12. Geschäftszeit: wochentags 8-18 Uhr.

Die Sächsische Elbzeitung erscheint an jedem Wochentag nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis: monatlich frei Haus 1,85 RM. (einschl. Botengeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf., mit Illustrierter 15 Pf. Nichterscheinen einzelner Nummern und Beilagen infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. berechtigt die Bezugsnehmer nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Anzeigenpreis: Der Raum von 1 mm Höhe und 46 mm Breite kostet 7 Pf., im Textteil 1 mm Höhe und 90 mm Breite 22,5 Pf. Ermäßigte Grundpreise. Nachlässe und Beilagengebühren lt. Anzeigenpreiskarte. Erfüllungsort: Bad Schandau.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“ — „Das Unterhaltungsblatt“ — „Das Leben im Bild“
„Zum Wochenende“ — Illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 112

Bad Schandau, Donnerstag den 14. Mai 1936

80. Jahrgang

Italiens Trennung von Genf

Die Abreise der Delegation der erste Schritt

Rom, 14. Mai.

Bei der Besprechung der letzten Ereignisse in Genf erklären die römischen Blätter offen, daß die englisch-italienischen Beziehungen selten eine so gefährliche Zuspitzung erfahren hätten wie im gegenwärtigen Augenblick. Allgemein wird betont, daß Italiens Beschlüsse unabänderlich seien.

Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ bezeichnet die Abreise Moisis aus Genf als einen weisen und notwendigen Entschluß, der den Gefühlen des ganzen italienischen Volkes entspreche. Man habe in Italien genug von Genf, daher bedeute diese Abreise die Trennung Italiens von Genf, solange dem Völkerbund die richtige Erkenntnis fehle.

Der Abberufung der italienischen Delegation sei der erste Schritt, den Italien ergreife. Der zweite, so erklärt das Blatt, werde in der Prüfung der aktiven italienischen Haltung in den Fragen Europas oder der Welt mit oder ohne Völkerbund getan.

Unter den Sanktionisten sei viel von Zusammenarbeit die Rede. Italien werde jedoch nicht mitarbeiten können, solange es nicht von den sanktionistischen Staaten instand gesetzt würde, mitzuarbeiten.

Wachsende Spannungen

Scharfe Sprache Englands gegen Italien

Die plötzliche Abberufung der italienischen Delegation aus Genf und die Veröffentlichung eines Schriftstückes, in dem die Italiener ihre Anschuldigungen gegen englische Firmen wiederholen, die Abessinier mit Dum-Dum-Geschossen beliefert zu haben, haben zu einer außerordentlichen Verschärfung der englisch-italienischen Spannung geführt.

Die Erbitterung in London gegen Rom geht so weit, daß man mit betontem Gleichmut die Frage behandelt, ob die Abberufung des Barons Moisi das Vorspiel zum Austritt Italiens aus dem Völkerbund ist, oder ob es sich nur um ein taktisches Manöver Mussolinis handelt. Die englische Rechtspreß gibt sich den Anschein, als ob sie den Austritt Italiens gelassen, hinnehmen werde, während die Zeitungen der Linken noch viel weitergehen und erklären, daß sie das Ausscheiden Italiens lebhaft begrüßen würden. So gibt das Blatt der englischen Arbeiterpartei, der „Daily Herald“, der Hoffnung Ausdruck, daß Italien seine Drohung, wenn sie als solche gemeint sei, wahrnehmen und aus dem Völkerbund auch wirklich austreten werden.

Genf hätte längst seinerseits diesen Entschluß fassen und den italienischen Delegierten ausschließen sollen. Der „Manchester Guardian“ stellt fest, daß der Austritt Italiens den ersten begründeten Schritt zur Reform des Völkerbundes bedeuten würde.

In der „Times“ heißt es, die britische Regierung sei zu der Ansicht gekommen, daß die Zeit vorüber sei, in der man hätte hoffen können, durch maßvolle Zurückhaltung auf britischer Seite die Spannung zwischen den beiden Mächten zu verringern. Italien habe klar gezeigt, daß es entschlossen sei, den Weg der alten Mächtepolitik zu gehen. Mit Rücksicht auf die kleinen Staaten, und besonders auf die Anlieger des Mittelmeeres werde England jetzt gezwungen sein, eine sehr klare und energische Haltung einzunehmen.

Im übrigen macht die englische Presse Italien den Vorwurf, daß die Agitatoren Roms die Araberunruhen in Palästina hervorgerufen hätten. Die große Unruhe in allen Anliegerstaaten des Roten Meeres sei das Werk italienischer Agitatoren.

Ministerpräsident Baldwin teilte im Unterhaus mit, daß der italienische Botschafter am Dienstag im Foreign Office eine Abschrift des italienischen Gesetzes über die Annexion Abessinien und über die Annahme des Kaiserstitels durch den König von Italien überreicht habe. Das Dokument sei mit allem Vorbehalt angenommen worden und werde Eden bei seiner Rückkehr aus Genf vorgelegt werden.

Eine Frage des arbeiterparteilichen Unterhausmitgliedes Fletcher bezog sich auf die diplomatische Lage in Addis Abeba. Baldwin antwortete, der britische Gesandte in Addis Abeba habe Anweisung erhalten, klar zum Ausdruck zu bringen, daß seine Fühlungnahme mit Marschall Badoglio so zu verstehen sei, daß er ihn als die Behörde ansehe, die Addis Abeba militärisch besetzt habe.

Genf bis Mitte Juni vertagt

Der Völkerbundsrat unterbrach am Mittwochabend seine 92. Tagung bis Dienstag, 16. Juni.

In dem Bericht über die Finanzlage in Oesterreich, Bulgarien, Ungarn und Estland wird erklärt, in Oesterreich und Ungarn hätten sich die Verhältnisse gebessert. In Bulgarien seien gewisse Finanzreformen durchgeführt, andere, auf die der Völkerbund Gewicht lege, ließen jedoch noch auf sich warten. In Estland, das 1927 eine Völkerbundsanteile aufgenommen habe, befänden sich die Staatsfinanzen in einem sehr befriedigendem Zustand.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde anlässlich eines Berichtes über Sklavereifragen die rechtliche Stellung Abessinien im Völkerbund erneut gestreift. Unter den Schriftstücken, die dieser Bericht enthält, befand sich auch eine Mitteilung der italienischen Regierung über die Sklaverei in Abessinien. Eden wies darauf hin, daß es Sache des Rates sei, diese italienische Mitteilung der abessinischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Eden warf die Frage auf, ob eine Veröffentlichung des Schriftstückes erfolgen solle angesichts der Tatsache, daß gewisse Informationen im Laufe militärischer Handlungen, die in Verletzung des Paktes unternommen wurden, erlangt worden seien; offenbar werde der Rat eine Veröffentlichung derartigen Materials nicht für möglich halten. Der spanische Vertreter schlug demgegenüber vor, das Dokument zwar zu veröffentlichen, aber dazu zu bemerken, daß dieses Dokument in keiner Weise die Aufklärung des Rates über das italienische Vorgehen in Abessinien ändere.

Auf Vorschlag Edens beschloß der Rat, die Frage des Locarno-Vertrages auf seine Juni-Tagung zu verchieben.

Schwere Vorwürfe gegen Italien

Es soll an den Unruhen in Palästina beteiligt sein

Die Londoner Zeitung „Star“ beschuldigt in einem Leitartikel die Italiener, bei den Unruhen in Palästina, bei denen neunzehn Juden getötet worden seien, ihre Hand im Spiel gehabt zu haben. Durch Bestechungen und andere machiavellistische Methoden werde bei den Arabern die Saat der Unzufriedenheit gelegt mit der Absicht, England in Verlegenheit zu setzen. Ähnliche Machenschaften mit gleichen Zielen würden in Ägypten angewandt. Nur die Zurückhaltung der britischen Regierung habe bisher eine Veröffentlichung aller den britischen Behörden zur Kenntnis gekommenen Tatsachen verhindert. Das sei zu verstehen aus dem Wunsch, eine Aufspaltung der öffentlichen Meinung in England zu verhindern.

Inkraftsetzung des Kaiserrechts

Gelegherung der Beschlüsse über das Imperium

Mit ganz besonderer Feierlichkeit wird in der Sitzung der italienischen Kammer am heutigen Donnerstag und in der Senatsitzung vom Sonnabend die Umwandlung der Beschlüsse vom letzten Sonnabend in Gesetze vollzogen werden. Zu Beginn der beiden Sitzungen wird Mussolini die beiden Dekrete vorlegen, über die sofort das Dringlichkeitsverfahren eingeleitet und ein besonderer Ausschuß zu ihrer Prüfung eingesetzt wird. Mit Einstimmigkeit werden sodann Kammer und Senat den Verfügungen über die Errichtung des neuen italienischen Kaiserrechts und der Ernennung des Königs von Italien zum Kaiser von Abessinien und der Badoglio zum Vizekönig Gesetzeskraft verleihen.

An der Senatsitzung beteiligen sich sämtliche Prinzen des königlichen Hauses, soweit sie Senatoren sind, an ihrer Spitze der Kronprinz von Italien.

Parade vor dem Vizekönig

In Addis Abeba fand eine große Truppenparade statt. Auf dem ehemaligen Kaiserpalast wurde um 9 Uhr die Fahne gehißt, die von der Gemeinde Vittorio Veneto der Division Sabaudia gestiftet worden ist. Die Truppen hatten in den Straßen der Stadt bis zur Bahnhofsstation hin Aufstellung genommen, während Flugzeuggeschwader in geringer Höhe über der Stadt kreuzten.

Während die Truppen präsentierten, sprach Badoglio Worte der Anerkennung für sämtliche Truppengattungen, die am Feldzug teilgenommen haben. Seine Rede schloß mit einem Hoch auf den König und Mussolini. Anschließend fand ein Vorbeimarsch statt, den Badoglio und

sein Stab beritten abnahmen. Eine Abordnung der Division Levere, die an der Südfont gekämpft hat, war eigens mit der Fahne aus Direbana nach Addis Abeba gekommen. In der Nähe der Bahnhofsstation war eine Tribüne für die Ehrengäste aufgebaut. Die Bevölkerung nahm das ungewohnte Schauspiel mit Begeisterung auf. Viele abessinische Häuptlinge, die sich unterworfen haben, wohnten der Truppenparade bei.

Die Abreise Cianos und seiner Begleitung nach Italien am Dienstag gab im Hafen von Massana Anlaß zu zahlreichen Kundgebungen. Flugzeuge des Ciano-Geschwaders gaben dem scheidenden Minister längere Zeit das Geleit.

Nachwirkungen auf das britische Imperium

Der bekannte südafrikanische Politiker Sir Abe Bailey gab eine Erklärung ab, in der er sagt, die auswärtige Politik Mussolinis zielt darauf ab, das Mittelmeer, das die große Arterie der Welt sei, zu einem italienischen See zu machen. Dies müsse zwei Nachwirkungen auf Großbritannien und Südafrika haben. Erstens, so erklärte er, würde die Verbindung zwischen Großbritannien und Europa nach dem Osten abgeschnitten, zweitens setze sich in Ostafrika auf dem Gebiet von Kenia und dem Sudan eine aktiv kriegerische europäische Macht fest, die die dortigen Eingeborenensämme rekrutieren und nach modernen militärischen Grundsätzen ausbilden werde, Stämme, die körperlich kräftig seien und kriegerischen Sinn besäßen. Diese Entwicklung ziele sowohl Großbritannien wie Südafrika in Mitleidenschaft und es bleibe abzuwarten, ob der Völkerbund eingreifen werde.

„Wenn wir fühlten“, so fügte er hinzu, „daß der Völkerbund nicht weiterhin fähig ist, uns gegen Kriege zu sichern, so müssen wir unsere Freunde wählen, ohne allzulehr beeinflusst zu sein durch das, was in der geschichtlichen Vergangenheit gewesen ist und durch die Bündnisse, die im Weltkrieg bestanden haben.“

Die wirkliche Frage für das britische Imperium sei die, wo die Sicherheit liege.

Französische Besorgnisse wegen der Bahn

In französischen Kolonialkreisen scheint man ernsthaft über das künftige Schicksal der französischen Eisenbahn Addis Abeba—Dschibuti besorgt zu sein. Der „Excelsior“ erinnert daran, daß im Jahre 1909 die französische Regierung durch ein Sondergesetz ihr Interesse an der Eisenbahn bekundet habe, indem sie für die Aktien und Schuldscheine der Eisenbahn eine Staatsgarantie geschaffen habe, was bisher nie der Fall gewesen sei. Die Eisenbahn werde jetzt weiterverkehren und vielleicht sogar in noch größerem Umfange, da sie die Versorgung der italienischen Truppen zu übernehmen habe. Dem werde sie sich nicht entziehen. In französisch-Somaliland müsse die Eisenbahn sich den Behörden des Landes fügen und sie müsse sich nun auch den Bedürfnissen der Befehlsmacht in Abessinien anpassen. Durch den Vertrag von 1906, der in London und in Rom unterzeichnet worden sei, sei ein glattes Monopol für die französische Eisenbahn errichtet worden. Dieses dürfe nicht durch eine andere Eisenbahn in Abessinien und auch nicht durch eine Parallelbahn gefährdet werden. In kolonialen Kreisen, so bemerkt das Blatt, zeige man jedoch gewisse Beunruhigung wegen der römischen Abkommen, die im Januar 1935 abgeschlossen und im März 1935 von der Kammer ratifiziert worden seien, ohne daß man den Wortlaut jemals veröffentlicht habe. Soweit die Eisenbahnlinie in Frage komme, wisse man nur, daß von den 36 000 Aktien der Bahn 2500 den Italienern überlassen, daß aber Maßnahmen ergriffen worden seien, die Mehrheit stets Frankreich vorzubehalten. Die kolonialen Kreise wünschten, daß diese freiwillig zugestandene Abtretung von Aktien nicht der Vorwand für ein weiteres Abtreten sein möge, was ernste Anzuträglichkeiten mit sich bringen könne.

Der Wiederaufbau von Addis Abeba

Großzügige Pläne des Gouverneurs Bottai

Asmara. Wie aus Addis Abeba verlautet, beschäftigen sich die italienischen Behörden eingehend mit der Umwandlung der alten abessinischen Hauptstadt in einen modernen Mittelpunkt ihres neugegründeten ostafrikanischen Reiches. Der zum Zivilgouverneur von Addis Abeba ernannte frühere Gouverneur von Rom, Bottai, hat einen Plan ausgearbeitet, der in erster Linie die Neuordnung des Gesundheitswesens vorieht. Als zweiter Schritt soll die Indienststellung öffentlicher Verkehrsmittel folgen. Die dritte große Aufgabe liegt in der Schaffung großzügiger Kanalisationsanlagen. Zur Sicherung der Wiederaufbauarbeit wird eine zuverlässige Ortspolizei geschaffen werden, deren erste Abteilungen gerade in Bildung begriffen sind.

Der Negus will nach England und Genf

London. In einer Unterredung mit dem Reutersvertreter in Jerusalem sagte der Negus unter anderem: „Wir haben noch keine Pläne gemacht, aber wir beabsichtigen, später nach England zu gehen und vor der nächsten Paritzung Genf zu besuchen. Wir sind entschlossen, die Verteidigung unserer gerechten Sache fortzu-